

Meinung

von
Markus
Neumeyer

schwechat.red@
bezirksblaetter.com



Ansichtssache

Da hat die ÖVP Niederösterreich bei der letzten Landtag-Sitzung in St. Pölten ja für einige Aufregung gesorgt und einem seit langem rollenden Stein neuen Schwung verpasst. So mir nichts, dir nichts, stimmten sie jetzt überraschend für eine Verlängerung der Wiener Straßenbahn bis nach Schwechat. Grün und Blau fühlen sich bestätigt, nur die SPÖ kann sich darüber nicht so wirklich freuen. Es stellt sich die Frage, ob der plötzliche Umschwung nicht vielleicht doch etwas mit der anstehenden Gemeinderatswahl im nächsten Frühjahr zu hat. Die Argumentationen für und gegen eine Bim-Verlängerung haben bei beiden Seiten Hand und Fuß. Natürlich ist es gemütlich, einfach mit der Straßenbahn zu pendeln und umweltfreundlich ist es noch dazu - ein Riesenpluspunkt. Im Gegensatz zu einer Verdichtung der Takte oder der Einführung neuer Buslinien, wäre es aber auch sehr teuer. Was auch dabei herauskommt: Die „Öffis“ müssen billiger werden!

ÖVP jetzt auch für eine Verlängerung

Umschwung der ÖVP bei der letzten Landtag-Sitzung sorgt für heftige Konflikte im Straßenbahn-Streit

Die ÖVP stimmte bei der letzten Landtag-Sitzung überraschend für eine Straßenbahnverlängerung nach Schwechat. Grüne und FPÖ fühlen sich bestätigt, SPÖ ortet in dem Vorstoß ein „klassisches Ablenkungsmanöver“. Der Streit spitzt sich zu.



Bgm. Hannes Fazekas will sachlich bleiben.

Foto: Pressedienst SPÖ

SCHWECHAT. (neum). Zwei derart unterschiedliche Sichtweisen führen fast immer unweigerlich zu heftigen Diskussionen, besonders, wenn es dabei auch um Politik geht. Diesmal wird der Streit zum wiederholten Male auf dem Rücken der Pendler ausgetragen, und eine Lösung wird wahrscheinlich noch längere Zeit auf sich warten lassen. Die plötzliche

Neuorientierung der ÖVP bei der letzten Sitzung des Landtags in St. Pölten hat erneut Benzin ins Feuer gegossen und für scharfe Worte auf beiden Seiten gesorgt. Für eine Verbesserung der momentanen Situation des öffentlichen Nahverkehrs in und um Schwechat sind alle Parteien, nur, wie diese aussehen soll, ist

fraglich. Als „klassisches Ablenkungsmanöver“, wertet SPNÖ-Verkehrssprecher LAbg. Gerhard Razborcan den schwarz - grünen Vorstoß. „Bei aller positiven Wertung der vorliegenden Machbarkeitsstudie - wer die Gegebenheiten der Straßen- und Bahnstruktur kennt, weiß, dass ein derartiges Projekt derzeit weder zu bauen, geschweige denn zu finanzieren ist“, meint Razborcan, der für eine andere Lösung eintritt. „Die Region Schwechat braucht rasch Verbesserungen. Diese wären mit einer Verdichtung der Takte der vorhandenen Verkehrsmittel, einer günstigeren Gestaltung der VOR-Zonen, einer Aussetzung der jüngsten Tarifierhöhung sowie, wenn nötig, auch mit neuen Buslinien schnell und leistbar umzusetzen“, so Razborcan. ÖVP Stadtparteiobmann Viehberger ruft in Erinnerung, „dass der Schwechater Gemeinderat bereits 2007 einstimmig,

also auch von der SPÖ, eine Resolution an den damaligen Verkehrsminister Faymann verabschiedet hat, mit der alternative Beförderungsmittel nach Schwechat gefordert wurden.“ Erfreut über den Umschwung der ÖVP zeigten sich die Grünen. „Mit dem Beschluss des Landtages ist die Straßenbahn nach Schwechat einen Schritt weiter gekommen“, sagt Stadträtin Brigitte Krenn. Schwechats FPÖ ist verärgert, „dass in der Sache nichts weitergeht“, denn, so BR Johann Ertl, „die FPÖ steht jedem Vorschlag positiv gegenüber, der zu einer Verbesserung der öffentlichen Anbindung an das Wiener Verkehrsnetz führt.“ Inzwischen hat sich auch Schwechats Bürgermeister Hannes Fazekas (SPÖ) zu Wort gemeldet, dem es wichtig ist „möglichst seriös und sachlich mit dem Thema umzugehen“. In diesem Sinne, fanden am 25.

Juni erste Sondierungsgespräche im Schwechater Rathaus statt, zu denen PolitikerInnen, BeamtInnen und VerkehrsexpertInnen geladen wurden. Für Fazekas ist der Betrieb einer Straßenbahn in Schwechat vor allem auch eine Kostenfrage: „Die Stadt Schwechat fördert den öffentlichen Verkehr - und damit auch die rund 240 bestehenden täglichen Verbindungen nach Wien - jährlich mit etwa 1,1 Millionen Euro. Jede weitere Ausgabe muss daher wohl überlegt sein.“